

**Herrn
Dr. Carsten Zabel
Bundesstiftung Aufarbeitung SED-Diktatur
Kronenstraße 5
10117 Berlin**

Mannheim, den 16.05.2020

Die Bundesregierung und die deutsch-deutsche Flüchtlingsgeneration
30 Jahre deutsche Einheit

Sehr geehrter Herr Dr. Zabel,
haben Sie herzlichen Dank für das freundliche Gespräch vom 12. Mai 2020. Ja, es ist ein langer Weg, den wir bisher gegangen sind und hoffentlich nicht mehr lange gehen müssen.

Ich schicke Ihnen wie versprochen das soeben erschienene Heft der UOKG-Zeitschrift „**der stacheldraht**“ (Ausgabe 3/2020). Mit dem Beitrag „**Verstörende Auskunft - Die Fehlplatzierung der DDR-Altübersiedler im RÜG - eine "politische Entscheidung?"**“ informieren wir über den aktuellen Stand unserer Bemühungen um die Wiederherstellung des verletzten Rechts und die Rückabwicklung der damit verbundenen Demütigung.

Da hier auch auf vorhergehende Artikel zu dem anstehenden Thema verwiesen wird, füge ich diese zusätzlich bei.

Das Jahr 2020 ist - das dürfen wir angesichts der aktuellen, alle Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens dominierenden Probleme nicht vergessen - auch das Jahr, in dem wir des 30. Jahrestages der Wiedervereinigung Deutschlands gedenken bzw. gedenken sollten.

Die deutsch-deutsche Flüchtlingsgeneration hat eine wichtige Rolle bei der politischen, moralischen und ökonomischen Destabilisierung der SED-Diktatur gespielt. Vor diesem Hintergrund sollte die Koalition - nach jahrelangem Taktieren - dieses Jahr zum Anlass nehmen, die fortdauernde Demütigung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge zu beenden.

Seit April 2018 liegt eine für die ehemaligen DDR-Flüchtlinge überaus entscheidende Petition/Beschwerde auf dem Tisch des Bundestages.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir es nicht versäumen, einen von UOKG und IEDF gemeinsam verfassten Brief an die Bundeskanzlerin vom Oktober 2011 zu erwähnen, in dem sie darum gebeten wurde, die Klärung des Problems über eine „abstrakte Normenkontrollklage“ herbeizuführen. Er ist als „Offener Brief“ in 2 verschiedenen Printmedien erschienen, siehe Anlage.

Außerdem laufen eine Reihe von individuellen Sozialgerichtsverfahren, die von dem Rechtsanwalt und ehemaligen Bundestagsabgeordneten Norbert Geis betreut werden. Diese sind vor dem Hintergrund einer „gefestigten Rechtsprechung“ zu einem großen Anteil ruhend gestellt.

Eines der Verfahren ist inzwischen so weit gediehen, dass wir eine Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision eingereicht haben. Dazu bedurfte es der unterstützenden Mitwirkung eines Fachkollegen (RA Stefan von Raumer, Berlin). Denn die Hürden für den Weg zum BSG sind außerordentlich hoch. Die hierfür erforderlichen Honorarkosten überfordern die finanziellen Möglichkeiten unseres Vereins, der ausschließlich von den Mitgliedsbeiträgen lebt.

In diesem Zusammenhang sind wir mit der Bitte auf die Bundesstiftung zugekommen, uns finanziell zu unterstützen. Wir mussten und darüber belehren lassen, dass eine direkte Unterstützung leider nicht möglich ist.

Bitte lassen Sie uns gemeinsam darüber nachdenken, inwieweit für das Jahr 2012 eine Projektförderung zum Thema „ehemalige DDR-Flüchtlinge und deren vom Gesetzgeber nicht legitimierte Einbeziehung in die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR“ beantragt werden kann. Eine solche müsste bis zum 31.08.2020 erfolgen.

Das Jahr 2021 bietet übrigens ein Jubiläum an: „30 Jahre Rentenüberleitungsgesetz“. Der Bezug zu unserem Thema ist unmittelbar gegeben. Denn das Rentenüberleitungsgesetz, das die Bürger des Beitrittsgebietes mit bundesrechtsverträglichen Rechtspositionen versorgt und ihnen gleichzeitig die Gewissheit vermittelt, dass mit dem RÜG ihre Lebensleistung gewürdigt wird, wird zu Lasten der DDR-Altübersiedler (DDR-Flüchtlinge, Ausreisantragsteller, aus politischer Haft Freigekaufte) missbraucht.

Hier ist eine grundsätzliche Aufarbeitung erforderlich, für die Bundesstiftung den Rahmen bieten kann.

Mit freundlichem Gruß,



Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß
(Vorsitzender IEDF)

Anlagen:

- „der stacheldraht“ aktuelles Heft
- „der stacheldraht“ 1/2017, Auszug
- „der stacheldraht“ 4/2017, Auszug (Demo in Berlin 21.03.2017)
- „der stacheldraht“ 6/2017, Auszug
- „Offener Brief“, veröffentlicht in der Zeitschrift „Freiheit und Recht“
- „Offener Brief“, veröffentlicht in der Zeitschrift des Verbandes Hochschule und Wissenschaft